

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telefax: 8 99 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Oskar Lafontaine und Dr. Hans-Jochen Vogel zur Entscheidung der Volkskammer über einen Beitritt der DDR am 3. Oktober: Unerträgliches Hin und Her beendet.

Seite 1

Annemarie Renger MdB zum 90. Geburtstag von Josef Felder: Ein Weggefährte Kurt Schumachers.

Seite 2

Rudolf Müller MdB zum Erfordernis, den Verbraucherschutz EG-weit zu harmonisieren: Noch ist der Kunde König!

Seite 3

Dokumentation:
Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, hat die Vorsitzenden der Fraktionen in Bundestag und Volkskammer aufgefordert, im Einigungsvertrag die Verpflichtung gegenüber den Opfern der Nazi-Diktatur festzuschreiben. Der Brief im Wortlaut:

Seite 4

45. Jahrgang / 161

23. August 1990

Unerträgliches Hin und Her beendet

Zur Entscheidung der Volkskammer über einen Beitritt der DDR am 3. Oktober

Von Oskar Lafontaine
Kanzlerkandidat der SPD und

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Entscheidung der Volkskammer, der Bundesrepublik mit Wirkung vom 3. Oktober beizutreten, beendet ein für die Menschen in der DDR aber auch in der Bundesrepublik unerträglich gewordenes Hin und Her und ist deshalb zu begrüßen.

Den verwirrenden und sprunghaften Aktivitäten des Herrn de Maiziere, die in den vergangenen Wochen für ständige Beunruhigungen gesorgt haben, ist nunmehr ein Riegel vorgeschoben worden. Der jetzt beschlossene Termin liegt nur zwei Wochen hinter dem von der Schwesterpartei vor längerer Zeit vorgeschlagenen 15. September. Das beharrliche Drängen der Sozialdemokratie auf einen möglichst raschen Beitritt hat damit zum Erfolg geführt.

Jetzt gilt es, alles zu tun, um die Lage in der DDR zu stabilisieren und der sich noch immer weiter verschärfenden wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken. Dazu gehört die rasche Verabschiedung eines Hilfsprogramms sowie die vernünftige Lösung der mit dem Beitritt unmittelbar zusammenhängenden Fragen. Ob dies im Wege eines zweiten Staatsvertrages möglich ist, oder im Wege von Überleitungsgesetzen zu geschehen hat, hängt jetzt von der Kompromißbereitschaft der Bundesregierung ab.

(-/23. August 1990/rs/ft)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht durch
mit verantwortl. Redaktionen
Recycling-Papier



Ein Weggefährte Kurt Schumachers
Zum 90. Geburtstag von Josef Felder

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Eine sozialdemokratische Biographie dieses jetzt bald zu Ende gehenden Jahrhunderts - das ist Josef Felder, der am 24. August seinen neunzigsten Geburtstag feiern kann. In seiner Person spiegeln sich sieben Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik, maßgeblich geprägt von den unverrückbaren Prinzipien Freiheit, Solidartät und Verantwortung für das Ganze. Josef Felder, in Augsburg geboren, wurde 1920 Mitglied der SPD und kam 1932 - damals einer der jüngsten Abgeordneten - in den Deutschen Reichstag.

Heute ist Josef Felder der letzte Überlebende Abgeordnete des Deutschen Reichstages, der wie seine gesamte Fraktion 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat.

In seinen Reden und Schriften machte er deutlich, daß die so oft geschmähte Weimarer Republik mit ihrer demokratischen Verfassung die Chance geboten hätte, eine sozial verfaßte und rechtlich gesicherte Republik zu schaffen, die der nationalistischen Propaganda der Nazis widerstanden hätte. Dies ist jedoch daran gescheitert, daß sich nicht genug Demokraten bereitfanden, für diese Republik zu kämpfen.

Niemand kann so eindrucksvoll wie er die damaligen Ereignisse in Worte fassen. Der ehemalige Chefredakteur des "Südost-Kuriers" wie des "Vorwärts" hat in zahlreichen Veranstaltungen die Geschichte der SPD in der damaligen Zeit deutlich gemacht. An Otto Wels Worte am denkwürdigen 23. März 1933 erinnernd, daß man den schon damals drangsalieren und durch die Machenschaften der Nazis verfolgten deutschen Sozialdemokraten Freiheit und Leben nehmen konnte, aber nicht die Ehre, verkörpert der Jubilar diese Haltung für alle aufrechten Demokraten in unserem Land.

Mit Kurt Schumacher, der schon 1932 auf Schmähungen seitens der Nazis im Deutschen Reichstag den Verderbern Deutschlands ins Gesicht gesagt hatte, daß die ganze nationalsozialistische Agitation nichts anderes als "der dauernde Appell an den inneren Schweinehund" sei, hat er Jahre im Konzentrationslager Dachau verbracht. Dort sind sie zu engen Freunden geworden.

Die Jahre nach 1945 haben allen vor Augen geführt, daß damals wie heute die Sozialdemokraten zum Wiederaufbau gebraucht wurden. Sie hatten in ihrer Geschichte niemals die Prinzipien von Freiheit und Recht verlassen.

Josef Felder war mit Kurt Schumacher seit der Revolution von 1918 ein langes Stück gemeinsamer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gegangen, durch Höhen und Tiefen.

Der Jubilar ist in seiner Geradlinigkeit immer seiner Partei treu geblieben und war stets zur Stelle, wenn man ihn rief. Seine Zuneigung galt im besonderen Kurt Schumacher, durch dessen Tatkraft und politische Weit-sicht sich die deutschen Sozialdemokraten wieder zu einem entscheidenden politischen Faktor bei der Neugestaltung deutscher Politik entwickelten.

Dieser auch heute wieder gestellten geschichtlichen Aufgabe widmet sich die Kurt-Schumacher-Gesellschaft, deren Mitbegründer Josef Felder auch nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag wurde.

Wir denken Josef Felder für alles, was er für seine Partei und unser Volk in seinem langen Leben hat tun können.

(-/23. August 1990/rs/fr)

Noch ist der Kunde König!

Zum Erfordernis, den Verbraucherschutz EG-weit zu harmonisieren

Von Rudolf Müller MdB

**Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen
Bundestages**

Die Gartenbaubetriebe in der Bundesrepublik beschweren sich zu Recht über Wettbewerbsverzerrungen durch ihre Konkurrenten aus anderen EG-Ländern: Diese dürften noch manches, was bei uns zum Schutz der Verbraucher längst verboten ist, anwenden. Eine Harmonisierung der EG-Bestimmungen wäre daher dringend nötig.

Hier ist die Bundesregierung gefordert!

Die Konsumenten sind verunsichert.

Kein Wunder bei 12 EG-Staaten mit unterschiedlichen Gesetzen und Regelungen. Der Verbraucher will hochwertige Nahrungsmittel, das heißt, qualitativ schonende, gesundheitsunschädliche Behandlung und möglichst wenig Rückstände. Dafür ist er bereit, gutes Geld auszugeben.

Der Produzent sollte sich bemühen, die Wünsche der Käufer zu erfüllen; die Politik hat die berechtigten Interessen der Konsumenten umzusetzen. So sollte es sein. Die Praxis sieht leider anders aus.

So ist lediglich in der Bundesrepublik und in Luxemburg die Bestrahlung von Lebensmitteln verboten, weil die Wissenschaftler gesundheitliche Risiken nicht völlig ausschließen können.

Ein Vorschlag der EG-Kommission sieht jedoch die Bestrahlung von acht Gruppen von Nahrungsmitteln vor. Dazu gehören Trocken- und Hülsenfrüchte, Kräuter, Gewürze, Geflügel und Garnelen.

Einige Mitgliedsstaaten wollen diese Liste sogar noch erweitern.

Schon jetzt dürfen in den Niederlanden Hühnerfleisch, Krabben und Garnelen, Salat, getrocknete Kräuter und geschnittenes Gemüse mit ionisierenden Strahlen bestrahlt werden.

Darüberhinaus werden in den meisten anderen EG-Staaten niedrigere Qualitätsanforderungen gestellt, zum Beispiel was den Pestizideinsatz und die Bestrahlung von Lebensmitteln angeht.

Weil aber in der EG freier Warenverkehr herrscht und der Europäische Gerichtshof Verstöße nicht duldet, sind diese Produkte auch bei uns im Angebot.

Unsere Verbraucher sollten deshalb beim Kauf sehr genau die Kennzeichnung lesen, eventuell nachfragen, darauf achten, woher die Produkte stammen, und rigoros diejenigen Lebensmittel zurückweisen, die nicht ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechen. Einzelhandel, Großhandel und Importeure werden sehr schnell reagieren, wenn bestimmte Nahrungsmittel nicht mehr gekauft werden.

Wenn andere EG-Staaten sich weigern, unsere hohen Standards zu übernehmen und sich einer weiteren Harmonisierung der Gesundheitsvorschriften widersetzen, bleibt den deutschen Verbrauchern nur dieser Weg.

Der Kunde ist doch König - oder?

(-/23. August 1990/rs/tr)

DOKUMENTATION

Die Verpflichtung gegenüber den Opfern festschreiben

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, hat die Vorsitzenden der Fraktionen in Bundestag und Volkskammer aufgefordert, im Einigungsvertrag die Verpflichtung gegenüber den Opfern der Nazi-Diktatur festzuschreiben. Der Brief Galinskis im Wortlaut:

'In Anbetracht der Bedeutung der bevorstehenden Vereinigung beider deutscher Staaten und aus dem Gefühl der Verantwortung für die ihm historisch gewachsenen Aufgaben innerhalb der bundesdeutschen Demokratie unterbreitete das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland am 18. Juli dieses Jahres während eines dafür gesondert anberaumten Treffens dem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ein Memorandum, das ich Ihnen in der Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme übersende.

Im Gegenzug erhielten wir vom Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble den folgenden Formulierungsentwurf für die Präambel des Einigungsvertrages:

'... im Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich daraus ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt,...'

Zu unserem Bedauern trifft die in dieser Formulierung enthaltene Tendenz nicht den Kern der Sache und trägt somit in keiner Weise unserem in dem Memorandum zum Ausdruck gebrachten Anliegen Rechnung. Wir schlugen daher unsererseits folgende Kompromißlösung vor, die das Direktorium in seiner Sitzung vom 19. August erneut bekräftigte:

'... im Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte und besonders eingedenk der zwischen 1933 bis 1945 in ihrer Einmaligkeit begangenen Gewalttaten mit der sich daraus ergebenden Verpflichtung gegenüber allen Opfern und Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt,...'

Ich darf davon ausgehen, daß Sie unsere Überzeugung teilen und im Hinblick auf die Zukunft des vereinten Deutschlands klare Worte hinsichtlich des verhängnisvollsten Kapitels der deutschen Vergangenheit in diesem historischen Dokument für nötig halten. Daher wäre ich Ihnen für eine engagierte Unterstützung unseres Anliegens dankbar und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

gez. Heinz Galinski

(-/23. August 1990/rs/fr)
